

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 218 Nr. 49 a

In ganz Halle
die einzige 2mal täglich erscheinende Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00, vierteljährlich 8.00, halbjährlich 15.00, jährlich 28.00. Einmalige Anzeigenpreise nach Vereinbarung. — Adressen: Halle, Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postamt Halle Leipzig 2012.	Halle-Saale Freitag, 27. Febr. 1925	Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile mit 10 Zeilen 10 Pfennig, 15 Pfennig, 20 Pfennig, 25 Pfennig, 30 Pfennig, 35 Pfennig, 40 Pfennig, 45 Pfennig, 50 Pfennig, 55 Pfennig, 60 Pfennig, 65 Pfennig, 70 Pfennig, 75 Pfennig, 80 Pfennig, 85 Pfennig, 90 Pfennig, 95 Pfennig, 1.00 Pfennig. — für Plakatveröffentlichungen nach Vereinbarung. — Halle-Saale. — für Plakatveröffentlichungen nach Vereinbarung. — Halle-Saale.	Gefährliche Berlin, Bernburger Str. 30. Fernruf Nr. Kurpark Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uehle, Halle-Saale.
--	---	--	---

Guter Stand der deutsch-französischen Verhandlungen

Die Franzosen geben nach

Vor einer Einigung in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Berlin, 26. Februar.

Wie die Telegramme an dieser Stelle erwähnen, dürfte es bei den Verhandlungen, die heute oder morgen zwischen Ragnanby und Trenbelenburg in Paris stattfinden, zu einer ansehnlichen Lösung kommen. Ein Mitglied der deutschen Wirtschaftskommission ist nach Berlin gekommen und hat hier die neuen Vorschläge des französischen Handelsministers Ragnanby unterbreitet. Aus den Vorschlägen ist eine Annäherung an die deutschen Wünsche deutlich zu erkennen. Vermutlich wird sich die französische Delegation bereit erklären, die weitestgehenden Zugeständnisse zu machen. Nach den abgelaufenen Verhandlungen zwischen Ragnanby und Trenbelenburg wird voraussichtlich eine technische Pause von 14 Tagen einsetzen, während deren Verlauf die deutsche Delegation mit der deutschen Wirtschaftsstellung nehmen wird. Es ist auch möglich, daß es nicht zu dieser Pause kommt, wenn die Verhandlungen im Hinblick auf die Beziehungen Ragnanby und Trenbelenburg zu einem einseitigen Abschluß gebracht werden.

Günstige Wendung in den deutsch-französischen Verhandlungen

Berlin, 26. Februar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung)

Die Franzosen scheinen sich begeben zu wollen. Nachdem Deutschland nun schon in einer Reihe von Punkten nachgegeben, vielleicht schon zu weit nachgegeben hat, dämmert den Franzosen augenscheinlich die Erkenntnis, daß sie, wollen sie nicht alles verlieren, von ihrer hohen Karte herabsteigen müssen. Heute ist in Berlin ein Mitglied der deutschen Delegation eingetroffen, und man glaubt, daß französische Vorschläge vorliegen, die darauf hindeuten, Deutschland die weitestgehenden Zugeständnisse zu machen. Es ist aber ratsam, sich nicht allzu großen Hoffnungen hinzugeben, zumal die Franzosen vorgezogen haben, in den Verhandlungen eine gute bis hinwiederum schlechte Pause einzulegen, anstatt sich dem Druck, damit die deutsche Delegation sich mit ihrer Regierung noch mehr auszusprechen könne. Wichtiger wird sein, daß man annimmt, daß die Franzosen im letzten Augenblick den letzten Feindstrich vollziehen wollen, verweigert, daß sie sich nicht noch irgendwelche Dinge vorbehalten. Deutschlandes Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen ist nunmehr erschöpft und Frankreich muß sich bald entschließen.

Vertrauensfundgebung des Bezirksverbandes Köln

Köln, 26. Februar.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Köln des rheinischen Bauernvereins legte in seiner gestrigen Sitzung eine Schrift an die Mitglieder des Bezirksverbandes Köln des rheinischen Bauernvereins, die sich gelegentlich der letzten Regierungsbildung für die Durchführung der gundfälligen Forderungen der Landwirtschaftlichen Organisationen im Reichstag zu bemühen haben, sein volles Vertrauen aus und damit ihnen für ihre feste Haltung. Er erwartet, daß sie unter allen Umständen und in jedem Falle ihr Mandat weiter ausüben.

Vorbereitung über die Aufwertung

Berlin, 26. Februar.

Reichsfinanzminister von Schleicher stellt heute die „Aufwertung“ mittels, mit dem Führer der Reichsaufwertungspartei eine Vorrede über die Aufwertungsfrage ab, um ihnen die Aufwertung der Regierung mitteilen. Es soll sich daran eine eingehende Aussprache zwischen Reichsfinanzminister und den Vertretern der politischen Parteien anknüpfen.

Die „Aufwertungspartei“

Uns wird von deutschnationaler Seite geschrieben: „Die Aufwertungspartei“ ist seit dem 14. Februar ein Witzstück heraus, das von Mitteldeutsche Aufwertungspartei mit dem Witzstück „Mitteldeutsche Wochenzeitung für Wahrheit und Recht“ nennt.

Es ist erstaunlich, mit welcher Demagogie in der ersten Nummer dieses Witzstücks gearbeitet wird. Wir können Herrn Witzstück raten, weiter und fortzuführen den „Kriegskampf“ zu lesen und daraus vielleicht lieber abzuschreiben.

Da er es besonders der Deutschnationalen Volkspartei übernimmt, daß ihre Stimmen immer zahlreicher werden, sei erlaubt, ihm einiges zu entgegnen:

Die Deutschnationale Volkspartei hat von Anfang an sich auf die Seite der durch die Inflation betroffenen Arbeiter und Rentner gestellt. Wäre die Deutschnationale Volkspartei nicht von Witzstück auf Witzstück gekommen, wäre wahrscheinlich selbst die bisherige gegenwärtige Inflation Aufwertung nicht möglich gewesen. Doch diese 10prozentige Aufwertung ist keineswegs das Ideal der Partei, ihr Zweck ist nicht, sondern die Vermeidung der ganzen Frage als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet.

Mit Demagogie und moralisierender Kampfrhetorik kommt man allerdings nicht weiter, und Herr Witzstück, wenn er verantwortlich zu machen wäre, auch diese Frage im Rahmen der gesamten Politik lösen müßte. Wer es über sich hinauswagt, meint, muß ihnen sagen, daß nicht jeder Sparner wie mit Eisenfalten vor den Augen herumtauschen darf und in dem ganzen Fragenkomplex unseres Kampfes um die staatliche Ordnung sein Sparfaltenbuch oder seine Sparschüssel vor Augen haben darf. Glaubt man eine solche Volkspartei, die Volkspartei, wenn man diese Worte gegen die jetzigen Reichsfinanzminister vorträgt, wie das Witzstück jetzt? Die Dinge auch die Person des Reichsfinanzministers sind noch völlig im Fluß. Ob er es ist, der das Ruder vor dem stürzenden Untergang noch herumreißen kann — das sehen Sie, Herr Witzstück, was das Wort Untergang auch für Ihre „Aufwertungspartei“ bedeutet — wird er erst bemerken müssen.

Die Deutschnationale Volkspartei ist sich aber der Verantwortung bewußt, diesen Versuch nicht durch heimliche Witzereien zu fördern. Für Ihre Entgegnung, Herr Witzstück — Heilich ist der Deutschnationalen Volkspartei, wie Sie auf die Aufwertungsfrage — sondern die Art und Weise, wie Sie auf Stimmungen ausgehen für Ihre „Aufwertungspartei“.

Echon kommt eine andere Meldung, daß der Wirtschaftspartei sich eine neue Partei für Landarbeit, Handel und Gewerbe ausbilden will. Herr Witzstück, was fehlt noch die Partei der Rechtsanwältinnen? Wie wäre es? Dann wird die Geschichte mehren, daß der deutsche Staat zur Umkehrung der Dinge, da die Partei der Wirtschaftspartei, unpolitische Körper, vertragen, daß Eingetragte fast macht und die Mitarbeit bei den großen nationalen Parteien besser ist als ihre Gefährdung durch viele kleine Parteien. W.

Genauere Formulierung der Witztrauensanträge im Landtag

Berlin, 26. Februar.

Der Geschäftsbearbeitungsausschuß des preussischen Landtages sprach sich in seiner gestrigen Sitzung für die Einlegung eines förmlichen Ausschusses für Wohnungs- und Heimstättenwesen aus. Zu der Frage des Reichstages, ob die Wohnungsbau-Bestimmungen in der Reichsordnung darüber hinaus, was ein Vertrauens- und ein Wirtschaftspartei-Entwurf ist, beschloß der Ausschuß, dem Landtag die Aufnahme einer genaueren Bestimmung in die Geschäftsordnung zu empfehlen. Der Antrag auf Einlegung des Ausschusses folgendes Wortlaut haben:

„Der Landtag entsendet dem Staatsministerium (dem Minister, Ministerpräsidenten und Namen) des Reichstages

Um Frankreichs „Sicherheit“

Frankreich und die neutrale Zone am Rhein

New-York, 26. Februar.

Nach einer Meldung der „World“ aus London strebt Frankreich in London einen Schritt aus, wie die englische Regierung sich zu einem von Preußen freien Rheinlande stelle, das keine Weisheit haben dürfe und wegen dieser Bestimmung unter Aufsicht des Völkerbundes stehen müsse. England soll gegen einen derartigen Plan sein.

Rheinlandrepublik unter Aufsicht des Völkerbundes?

London, 26. Februar.

In der Frage der deutschen Reparationen und der Rheinlande, wie die diplomatische Korrespondenz des „Daily Telegraph“ berichtet, im Laufe des gestrigen Tages keine Änderung eingetreten. Das Kabinett hat über diese Fragen noch nicht beraten, weil wahrscheinlich die Ausarbeitung des Reichsverteidigungsausschusses noch nicht fertiggestellt sind. Es sei daher natürlich, so führt der Korrespondent fort, heute noch berichte, etwas Bestimmtes über die Ansicht zu sagen, die von der englischen Regierung in der Frage eines Vertrages an Stelle des Genfer Protokolls eingenommen werden; aber der Gedanke eines englisch-belgisch-französischen Vertrages ohne Teilnahme Deutschlands finde in Regierungskreisen entschieden weniger Anhänger als der Vorschlag eines gegenseitigen und regionalen Vertrages zwischen diesen Ländern und Deutschland. Der letzte Vorschlag sei mehr mit dem Geiste des Völkerbundes in Einklang zu bringen. Es würde indessen nicht überzogen, wenn ein derartiger Plan von der gegenwärtigen belgischen Regierung weniger günstig beurteilt würde als von den französischen Staatsmännern der Linken, obwohl dieser weder in Bezug noch in Paris ein derartiger Vorschlag gemacht worden sei. Allen Anschein nach gewinnt der Vorschlag Roosevelt zur Bildung einer autonomen und neutralisierten Rheinlandrepublik innerhalb des Reiches unter Aufsicht des Völkerbundes in französischen Kreisen an Boden, und erklärt auch den Vorschlag, daß die Völkerbundkommission, die demnächst mit der Kontrolle der deutschen Währungsbeurteilung und der Überwachung der jetzt besetzten Gebiete nach erfolgter Rückkehr übernahm sein, in eine Art Rheinlandkommission umgewandelt wird. Ein solches Vorgehen würde indessen außerhalb des Vertrages liegen.

Zu den kommenden Garantie-Verhandlungen

Frankfurt, 26. Februar.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Paris: Zur Frage eines deutsch-französischen Garantievertrages schreibt der „Quotidien“, Frankreich müsse sich in dieser Beziehung die größte Zurückhaltung aufweisen, da es bereits unglückliche Erfahrungen gemacht habe. Über Zurückhaltung bedeutet nicht Zurückziehung. Die Garantie, die sich auf sämtliche, sowohl die westlichen wie auch die östlichen Grenzen beziehen würden, könnte nicht als ausdehnend an-

gesehen werden. Es sei jedoch nicht zweckmäßig, von vornherein zu erklären, daß die deutschen Vorschläge deren Gehalt noch gar nicht bekannt sei, unannehmbar wären. Deutschland glaube, es liege in seinem eigenen Interesse, wie in dem der ganzen Welt, daß das europäische Gleichgewicht auf eine solide Grundlage gestellt werde. Es habe deshalb das Recht, gehört zu werden.

Beginnende Klärung

Paris, 26. Februar.

Durch die gestrige Unterredung des englischen Botschafters mit dem französischen Botschafter und dem französischen Außenminister über die Verhandlung des Kontrollberichts und die Raumfrage noch nicht erzielt worden. Dagegen wird jetzt erwidert, auf welche Weise eine Einigung zu erwarten ist. Im Prinzip sieht die Einberufung einer Enquäte-Konferenz, die am 17. oder 18. März in Brüssel zusammenzutreten soll, sehr Ungünstig hat zugunsten, daß die belgischen Vertreter zu dieser Konferenz erst zugezogen werden sollen, wenn die Alliierten sich über ihre Schuldforderungen einig sind. Die Franzosen drängen aber auch jetzt noch darauf, Deutschland überhaupt nicht zuzulassen, nach die fürchten, daß ihnen die Angewinnung der Auswärtigen der neuen Bedingungen Gelegenheit zur Ausrottung des ganzen Komplexes geben würde. Unterrichtete englische Kreise sind der Ansicht, daß Deutschland eine solche Einladung annehmen sollte. Schwierig gestalten sich auch weiterhin die Verhandlungen über den Kontrollbericht. Es wird jetzt auch von französischer Seite ausgehen, daß der Bericht eine Menge von wichtigen Material enthält. Dem Kontrollbericht nach soll nun die Verfassung des letzten wichtigen Kapitels, nämlich der angelegten Verordnungen, überlassen bleiben. Meist die Veröffentlichung ist noch kein Bericht, da die Beratungen des Kontrollberichts sich über bestimmte Angelegenheiten erst im Eingeklärt, daß der Kontrollbericht sehr unvollständig enthält, ist es doppelt verwunderlich, daß man am 26. Februar schon den Bericht gegen die Veröffentlichung des ganzen Berichts freigegeben hat. Die Gegenmeinungen der russischen Regierung für die an die deutsche Regierung zu richtende Note benutzen.

Der russisch-japanische Vertrag

New-York, 26. Februar.

Aus Tokio wird gemeldet: Der japanische Prinzregent unterzeichnete gestern nachmittag den russisch-japanischen Vertrag. Die telegraphische Anweisung zur Ratifizierung der Insel Sachalin ist bereits gegeben.

Der Aufstand in Kurdistan

Konstantinopel, 26. Februar.

Die Aufständischen in Kurdistan haben außer der Stadt Harput auch Diarbekir, Gêziq und Dersim besetzt. Die Regierung hat über das gesamte Gebiet den Belagerungszustand verkündet. Rüstliche Hilfer werden die Aufständischen zu bekämpfen. Die Gegenmaßnahmen der türkischen Truppen werden in einigen Tagen einleiten. Der Gesetzgeber hat den Soldaten des ehemaligen Sultans Abdurrahman zum König von Kurdistan ausgerufen.

str. 12
se
re
40 Pf.
30 Pf.
20 Pf.
140 Pf.
120 Pf.
100 Pf.
80 Pf.
60 Pf.
50 Pf.
40 Pf.
30 Pf.
20 Pf.
10 Pf.

Das Befinden des Reichspräsidenten

Berlin, 26. Februar.

Ueber das Befinden des Reichspräsidenten verlautet nach Auskunft an zuständiger Stelle um 6 Uhr abends: Das Befinden des Reichspräsidenten hat sich im Laufe des Tages wesentlich gebessert. Der Zustand ist aber immer noch als ernst anzusehen. Morgen früh treten die Besuche erneut zusammen.

Ein Regierungsentwurf zur Personalabbaubehode

Berlin, 26. Februar.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über eine zweite Reduzierung der Personalabbaubehode vorgelegt worden. Die Regierung will, nachdem der allgemeine Personalabbaubau mit Ende Dezember 1924 durch die Verhältnisse notwendigem Maß im wesentlichen erreicht hat, noch einen Schritt weiter gehen, indem sie die Entlohnung der Beamten, bei welchen Ermäßigungen ein weiterer Nutzen zu erwarten ist, der regelmäßigen Gesetzgebung überträgt. Die Vorschriften über die Entlohnung sind jetzt gänzlich aufgehoben, ist nach Auffassung der Reichsregierung noch nicht möglich, weil teilweise noch Verhandlungen vorhanden sind, deren Personalabbaubau beendet werden kann, sobald ein Gehaltsaufschlagung und eine Gehaltsentlohnung eingetreten ist. Nach Berücksichtigung des Gesetzes soll ein allgemeiner Abbau von Beamten und Angestellten nicht mehr möglich sein. Der Reichstag hat die Vorlage gebilligt, aber die Personalabbaubehode vorberufen ist gänzlich gestrichen. Die Regierung hält dagegen an dieser Vorlage fest.

Die neue Hiltlerbewegung

München, 26. Februar.

Morgen abend hält Hitler im Wäpfersträßchen die erste Massenversammlung ab. Bemerkenswert ist, daß er im Auftrag an die ehemaligen Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die General-Verbandsrat vertritt, daß ihm die Nationalsozialistische Bewegung für immer als der treuesten und unerschütterlichsten Freund vereinen werden. Hitler hat in einem längeren Aufsatz die Grundgedanken seiner Bewegung dargelegt; er lehnt sich in den Eigenschaften der Vergangenheit gegen die Bindung ab, vertritt die Meinung der nächsten Bewegung zu einem religiösen Kulturkampf und erklärt, daß die Bewegung mit vereinter Kraft gegen den Marxismus angesetzt werden soll, der in erster Linie an dem Zusammenbruch des Vaterlandes und der Zerstörung des Volkswillens feilt. In den nächsten Tagen die Personalabbaubehode der Bewegung, daß sein Eintritt in keiner Form Bedingungen angenommen werden. Wer entgegen den Anordnungen der Leitung Waffen tragen oder aufbewahren würde, werde sofort aus der Sicherheitsabteilung und der Partei ausgeschlossen. Der Zweck der neuen Sicherheitsabteilung ist die Erziehung der Jugend, die Erziehung zur Disziplin und die Ausbildung im Ordnung und Kampfbewußtsein. Am Schluß rief Hitler zur Bildung eines Kreisvereins seiner Partei auf. Der „Hiltler-Verband“ erscheint zunächst als Wochenblatt und tritt vom 1. April an als Tageszeitung.

Polnische Ansätze

Warschau, 26. Februar.

Minister Czernowski erklärte im Landtagsauschuß, einige Nebenbedingungen in früheren Erklärungen des Reichslandtags. D. h. er müßte Bedauern hervorheben, Nebenbedingungen, die zwar Polen nicht angriffen, die aber den Eindruck einer starken Propaganda in der deutschen Presse und das Gefühl der Welt, daß die Erfüllung in Europa zu bevorzugen wärd. Der Minister wandte sich gegen die Erklärung des Reichslandtags, daß der Vertrag von Versailles nicht beobachtet werde, und daß der Korridor eine unmögliche Frage für Ostpreußen sei. Was die Frage des Kupans Ostpreußen zur Weisung anlangt, so müßte hervorgehoben werden, daß der Vertrag nicht die Zustimmung der jetzigen Grenzen festgelegt habe. Deshalb müßte der Behauptung entgegengetreten werden, daß die Entscheidung des Reichslandtags nicht auf dem Boden des Versailles Vertrags liege, indem die Polens Grenzen in einer Weise festgelegt, daß beide Seiten der Weisung zu Polen gehören.

Im Herrengarten

Roman von Kurt Bödmer.

Copyright 1924 by Horst Bodmer, Oberort.

Ich - ich habe mich nur bei Herrn von Ederberg erkundigt. Der mich in Geschichten aufgeführt hat, ob man wirklich Beweise habe, für das, was man sich überall aufzittert. Ein Auel von einer Weltreise-Ferdinand war gerade bei mir, mit einem wunderbaren Goldbusch. Er sagte, daß auch der Graf Herzog von Prezwow kommen wärd. Der Herr wurde mich verwöhnen wollen, über den Grafen Werlich zu sprechen. Ich war nicht vorzüglich genug!

Joachim Prezwow fragte nicht, in welcher Weise sich der Herr von Ederberg über Werlich geäußert hatte. Sonst würde er womöglich in diese Affäre hineingezogen und das wollte er nicht. Höchstens arbeitete seine Schanden.

Da wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als sich dem Grafen vor die Pistole zu stellen, wenn Sie nicht bemerken können, daß Werlich nicht mehr satisfaktionsfähig ist!

Ich wüßte nicht, wie ich den Beweis antreten sollte!

Ich auch nicht, sagte Joachim Prezwow trocken. Sieh seinen Blick schärft auf Herrn von Ederberg liegen und fragte dann: „Wann soll denn der Zweikampf stattfinden und wo?“

„Im Garber Stadtwald, an der hohen Eiche! Morgens früh, sechs Uhr!“

Der Wittveiter von Prezwow erhob sich, reichte Herrn von Ederberg die Hand.

„Auf Wiedersehen! Ich wäre der allerbeste, der Ihnen alles könnte - leider! Für Ihre Unvorsichtigkeit, ich will mich schonend ausdrücken, hat ein jeder selbst eingetauscht!“

Als der Besuch fortgeschritten war, ging der Wittveiter mit gelächtem Schnalze durch den Herrengarten. Angestrichelt wurde er noch. Bisung kann den haben. Der haben wurde zum Teilweil. Von dem kam er nicht los. Nun mochte das Schicksal seinen Lauf nehmen! „Am Grabe seiner Schwester blieb er stehen mit finstern Gesicht. Ging dann zu Döppermann.

„Ich habe bisher noch nichts erfahren können, Herr Wittveiter!“

„Es sollte nicht!“

„So ist es! Ich leugne es nicht! Ich denke: kommt Zeit, kommt Tat!“

„Es braucht nicht mehr auf Hundsfott zu schinden! Es ist mir lieb, daß Graf Ederberg nicht gehen hat!“

Ein hierer Vortrag des Herrn Döppermann.

„Eine Bretteher fällt mir vom Herzen!“

Die Hand hob Joachim Prezwow hoch.

Die Rückkehr der Wahlverteidiger

Der Utheka-Prozess

Leipzig, 26. Februar.

(Eigener Drahtbericht.)

Rechtsanwalt Samter wieder erschienen. Unter hartem Andrang der Zuschauer nimmt der Utheka-Prozess am Donnerstag seinen Fortgang. Die alten Verteidiger sind wieder erschienen. Auch der gemischte Rechtsanwalt Dr. Samter hat wie gewohnt an der Spitze der Verteidiger sich genommen. Präsident Richter eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Eine in der Verteidigung der Angeklagten fortgesetzt werden kann, erklärt Rechtsanwält Dr. Rosenfeld und Wort zu einer Erklärung. Präsident Richter lehnt diese Erklärung ab, wenn sie nicht den materiellen Inhalt der Verhandlung betrefft. Die Verteidigung fordert einen Gerichtsbescheid, da es sich um eine Erklärung aller Wahlverteidiger handelt.

Rechtsanwalt Neumann stellt sich auf den Standpunkt, des Gesetzes und betont, daß man ihm den Vorwurf gemacht habe, daß er so formalistisch verhandle. Der Gerichtsbescheid lehnt die Erklärung ab, wenn sie nicht den materiellen Inhalt der Verhandlung betrefft. Die Verteidigung fordert einen Gerichtsbescheid, da es sich um eine Erklärung aller Wahlverteidiger handelt.

Dann wird mit der Vernehmung des Angeklagten Meus begonnen. Meus war Anwalt bei der Reichsrentenkasse und will den Auftrag von einem gewissen Edward erhalten haben. Er hat Meus den Meus das Bild des Generals haben wollen, um diesen zu kompromittieren. Im helle Meus will Meus nicht bezeugen wollen sein. Er habe selbst eine Pistole besessen, aber seinen Meus nicht gegeben. Die Pistole habe er von Neumann erhalten. Neumann habe ihm auch das Bild mit dem Bagaglio gegeben. Meus habe nicht gegeben. Er habe Meus nicht gegeben, da Meus keine Kenntnis von dem Anhalte des Bildes gehabt. Dann sagt Meus aus, daß er 60 Mark Gehalt in Woche bekommen habe, er habe aber nicht gegeben, daß die russische Woiwode der Geldgeber sei.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung stellt die Verteidigung den Antrag an den Richter, Meus in Untersuchungshaft zu setzen, da Meus die Vernehmung nicht geben wollte. Meus lehnt diesen Antrag ab, da Meus nicht gegeben, daß die russische Woiwode der Geldgeber sei.

Ueber die Fahrt nach Göttingen erklärt Meus, daß alle Mitglieder benannt waren. Er habe Meus, die Waffen dienen zur persönlichen Sicherheit. In Frankfurt habe ihm Neumann den Auftrag erteilt, mit 10 Genossen nach Stuttgart zu fahren und dort Meus zu beschützen. Eine Aufforderung, Meus zu beschützen, habe er nicht gegeben. In Stuttgart habe ihm ein Frankfurter Genosse mit dem Angeklagten Meier bekannt gemacht. Die Wohnung des Hauses Meier habe er nicht genommen, da ihm bekannt gewesen sei, daß Meier nicht in Stuttgart sei. Meier habe ihm Neumann erklärt, er müsse einen Kriminalbeamten mitnehmen. Der Meier habe Meus nicht gegeben, daß Meus nicht gegeben, daß die russische Woiwode der Geldgeber sei.

Rechtsanwalt Samter hat Meus Meus, was er unter „erleihen“ im Falle Meier verstanden habe, worauf Neumann erwidert: töten. Sodann wird eine Frage, die Dr. Löwenthal stellen will, zurückgewiesen. Dr. Löwenthal will sich damit nicht zufriedengeben und es droht ein neuer Konflikt zwischen Verteidigung und dem Gericht auszubringen.

Rechtsanwalt Löwenthal fragt, warum Neumann für den Polizeibeamten den Zettel geschrieben habe. Dr. Löwenthal erklärt, Neumann werde diese Frage bei der Vernehmung der Zeugen beantworten.

Die Verhandlung wird auf Freitag vormittag verlagert.

Neuer großer Kommunistenprozess in Altona

Altona, 26. Februar.

Seit Beginn der politischen Strafammer des Landgerichts Altona der Massenprozess gegen die an den Schiffwerften Altona im Oktober 1923 beteiligten Kommunisten. Angeklagt sind etwa 200 Personen, denen es vorgeworfen wird, in Schiffwerften, Schiffbauern, Eisenwerkstätten und Maschinenbauern am 23. und 24. Oktober 1923 bei dem Unternehmen, die Verfassung des deutschen Reiches gänzlich zu ändern, durch Tat und Tat wesentliche Hilfe geleistet zu haben. Der Vorsitz hat Landgerichtsdirektor Dr. Stolze. Die Dauer des Prozesses wird vorläufig auf 10 Tage veranschlagt.

Austritt aus der Kommunistischen Partei

Dresden, 26. Februar.

Der anhaltische Kommunistische Landtagsabgeordnete Boese hat seinen Austritt aus der Kommunistischen Partei erklärt. Boese, der früher Reichsleiter der Kommunistischen „Erbüne“ war, begründet seinen Schritt damit, daß er die radikale Politik seiner Freunde nicht mehr unterstützen könne. Boese behält trotz seines Ausstretens aus der Kommunistischen Partei sein Landtagsmandat bei.

Aushebung einer neuen Waffenfälschungswert

Berlin, 26. Februar.

Nachdem es der Polizei gelungen war, die Zentral-Waffenfälschungswert der R.F.D. auszuheben, hat die Polizei jetzt noch eine neue Waffenfälschungswert der R.F.D. eingezogen. Nummer 17 aus diese, die einen recht beträchtlichen Umfang annehmen betraf, der Polizei ebenfalls in die Hände gefallen. Sie war zum Teil noch im Aufbau begriffen und bestand aus die ersten Zeichnungen in Form von Umrissen, ausgefüllte waren. Außerdem wurden mehrere Proben einer neuen Sorte von Firmen. In dieser Angelegenheit sind mehrere Verhaftungen erfolgt.

Die Lohnverhandlungen mit den Eisenbahngewerkschaften vorläufig ergebnislos

Berlin, 26. Februar.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen über die Tarife und Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter von heute nachmittag zwischen der Hauptverwaltung der deutschen Reichseisenbahngewerkschaften und dem Tarifvertrag beteiligten Abgeordneten sind in einer Sitzung ohne Ergebnis geblieben. Die Gewerkschaften verlangen einen erheblichen Gehaltsaufschlag und eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Hauptverwaltung will sich mit dieser Frage erneut beschäftigen. Danach sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Landtagsabgeordneter Krug gestorben

Berlin, 26. Februar.

Wie die „Germania“ aus Düren meldet, ist der Landtagsabgeordnete Krug (Zent.) heute morgen 8 Uhr nach längerer Krankheit verstorben.

Senator Mc. Cormick gestorben

New-York, 25. Februar.

Der für den Postämterposten in Berlin in Untersuchung genommene Senator Mc. Cormick ist gestorben.

Die Anwesende sagten, daß der als warnendes Beispiel sein Leben mit seinen Wein durch die Welt laufen müßte. Sagte das noch nicht, sei um, herunter vom Bod, die Wende machen die Hände. Er, die Hand haben, losdrücken war eins, bis dahin hatte das junge Großmännlein sich viel noch gar nicht erregt. ... Und er ging dann auf den jungen Meißel zu, gab ihm die Hand und sagte ernst: so, dieses Mal bin ich noch günstig mit Ihnen umgegangen. Wenn aber noch einer wegen solch das Andenken des Bräutigams von Prezwow in den Staub zu gehen, mit dem würde ich kein Erbarmen haben. ... Und war immer dieselbe Geschichte! Eiferne Stirn und sichere Hand regierten die Welt! ...

Der Bierzug trabte jetzt in den Garber Stadtwald. Nun sich es abgeben auf einen guten Goldschlösser. Eigentümlich war's noch zu früh. Was schiedete das? Er meinte sich ein wenig am Anblick dieses Opfers. Meißelstufen standen rechts, links Sodamal. Die Pferde ließ der Graf Werlich in Schritt fallen. Einen idiosen Tag wurde es geben, gerade hatte die Sonne über die Hügelwellen im Osten geschoben. Ein Fährer warnte. Galt das ihm oder war die Gegenpartei schon zur Stelle? Fast eine halbe Stunde war der Zeit? Oder sein Selbstmord? Doch einmal warnte der Führer mit klapperndem Ruf. Im nächsten Augenblick sollte der Anall eines Schalles über die Meißelstufen, brach sich am Hochmalde. Die Hügel entpflanzten Meißelstufen, er warnte einmal nach rechts, einmal nach links, fiel um, herunter vom Bod, die Wende machen die Hände auf, raffen los. In einem Augenblick war das geschehen. Bevor Aufrücker oder Waldhornführer die Hügel ergriffen konnten. Starb vor Entsetzen waren sie schon Sekunden. Als der Bierzug aber loslief, blieb ihnen nichts anderes übrig, als vom Wagen zu springen.

An der hohen Eiche, einem Baume, über den mindestens ein halbes Jahrhundert hindurchrauf war, war die merkwürdliche Gestalt von Meißel mit seinem Selbstmorden, Herrn von Ederberg, einem Unparteilichen und einem Arzte auf den Grafen Werlich. Man würde zusammenfallen, als der Schuß fiel, daß sich an Prezwow, man hier nicht allein? Denn konnte heute hier der Zweikampf nicht stattfinden. Gerade wollte der Unparteiliche seine Bedenken ausprechen, als der leere Bierzug ansetzte. Wie die Hügel schälten am Boden. Ein Wunder, daß sich kein Pferd in den Strängen verfangen hätte und geflügelt war. ... Herr von Ederberg, ein Hüne von Welt, konnte er nicht in Ordnung das andere Zettelfeld, ein hing hier mit seiner zwei Zentner an Kopfweil und Schilber, der Unparteiliche schloste nach den schließenden Hügel, wurde fortgerissen, stürzte, hielt aber die Hügel fest. Nach zwanzig Minuten standen die Pferde. Ihre Klauen schlügen. Verfündeten erhob sich der Unparteiliche, kumpelte. Seine Hand war verstaubt aber er konnte weitergehen. Herr von Meißel fand wie erharrt an der hohen Eiche.

(Beilage folgt.)

